

Barbara Wurster

**Bundesministerium für
Frauen Familie Senioren und Jugend**

Bonn/Berlin

Jugend und Europawahlen 2009 - Steigerung der Wahlbeteiligung junger Menschen in Europa – aber wie?

Kurz vor - der nach Indien zweitgrößten demokratischen Wahl der Welt - sind 325 Millionen Menschen in der Europäischen Union vom 4.-7. Juni 2009 dazu aufgerufen, über ihre Vertretung im Europäischen Parlament zu entscheiden. Schätzungsweise 75 Millionen davon sind junge Wähler. Es stellte sich also die Frage, wie wir diese jungen Menschen für Europa begeistern und stärker als bei der vergangenen Wahl im Jahr 2004 an die Wahlurnen bringen können.

Vorbildrolle der Politik

Die Politik muss selbst mit gutem Beispiel vorangehen, will sie junge Menschen für Europa begeistern. Alle Politikerinnen und Politiker sollten sich offen und glaubhaft zu Europa bekennen. So stellte sich Bundesministerin Ursula von der Leyen am Europatag 2009 an der St. Ursula Schule in Hannover kritischen und engagierten Fragen rund um das Thema „Europa - was hat das mit mir zu tun?“. Sie warb bei den anwesenden 170 Schülerinnen und Schülern für mehr Europaengagement und forderte insbesondere die noch 17 und schon 18 Jährigen auf, von ihrem Wahlrecht am 7. Juni 2009 Gebrauch zu machen. Nach Mitteilung des Bundeskanzleramts war der Europatag in Deutschland in diesem Jahr besonders erfolgreich: an 650 Schulen konnten Schülerinnen und Schüler Tuchfühlung sowohl mit Politikerinnen und Politikern als auch mit Europa aufnehmen.

Gründe, sich als deutscher Politiker über Europa begeistert zu äußern, gibt es viele:

1. Auch ein großes und starkes Land wie Deutschland – gerade in der aktuellen Wirtschaftskrise – stünde nicht so gut da, wenn wir nicht vereint mit anderen Mitgliedstaaten vorangingen.
2. Der Lebensstandard in der Bundesrepublik Deutschland wäre ohne die EU nicht zu halten, denn Deutschland ist nicht nur der größte Nettozahler, sondern als Exportland auch größter Profiteur der EU.
3. Wir verdanken dem Euro unsere relative hohe Preis- und Wechselkursstabilität.
4. Auch Deutschland als großes Land kann von den europäischen Nachbarstaaten vieles lernen – z.B. bei der Kinderbetreuung.
5. Gerade in der Jugendpolitik bestehen viele gemeinsame Interessenlagen, für die wir in Europa optimale Lösungen finden wollen.
6. Europäisches Vertrauen zeigt sich am deutlichsten in den gewonnenen Reisefreiheiten und Mobilitätsangeboten.
7. In der EU wird in der Regel nichts vereinbart, was die Mitgliedstaaten nicht wollen oder nicht zumindest hätten beeinflussen können.

Die Politik und ihre Akteure können selbst einen aktiven Beitrag dazu leisten, mit den bestehenden Vorurteilen gegen die EU aufzuräumen und über den Rat der EU und das EU-Parlament die nationalen Interessen einbringen. Europa hat nicht wegen eines kurzfristigen Nutzenkalküls Priorität, sondern weil wir in Deutschland Interessen haben, die über deutsche Grenzen hinausgehen.

Keine Partizipation ohne Information

Wir sind noch weit davon entfernt, über die öffentlichen Medien alle, auch bildungsferne Zielgruppen zu erreichen. Hierbei gilt es, Wissen über Europas Bedeutung im Alltag zu vermitteln, zu stärken und die Ängste Jugendlicher, die in der Regel auf mangelndem Wissen über Europa beruhen, ernst zu nehmen.

Die politischen Bildungsangebote und auch die Informationsmaterialien hierzu sind reichhaltig, werden jedoch recht ungern wahrgenommen. Oft wird dieser Stoff als zu theoretisch und langweilig abgelehnt. Hier kann an optimalen und breiteren Vermittlungsformen noch weiter gearbeitet werden, - aber das allein wird nicht genügen.

Auch in den Medien selbst beherrschen leider immer noch die Hiobsbotschaften das Bild. Sie behandeln gerne die angebliche Brüsseler Bürokratie, die gescheiterten Volksreferenden zum Lissabonvertrag oder

angebliche überzogene Liebe zur unsinnigen Detailregelung auf EU-Ebene. Dabei gilt auch hier ebenso wie zwischen Bund- und Landesebene das Subsidiaritätsprinzip. Ziel sollte es sein, auf die Bekanntmachung der Verfahren der Zusammenarbeit und die Möglichkeiten der Beeinflussung der sogenannten „Brüsseler Entscheidungen“ gerade über die Medien hinzuwirken – vielleicht wird es Zeit für eine Krimiserie oder eine Soap, die diese „Brüsseler“ Mechanismen mit beschreibt.

Rolle des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Die zentrale Frage lautet hier, wie es gelingt, dass junge Menschen sich als Europäer wahrnehmen und sich letztlich auch für Europa engagieren – wozu dann der Gang zur Wahl einen kleinen, wenn auch nicht unwesentlichen, Beitrag leistet. Das Referat „Jugend und Europa“ setzt sich in diesem Zusammenhang dafür ein, dass junge Menschen internationale Begegnungsgelegenheiten in Deutschland oder im Ausland erhalten. Dies fördert Toleranz und erweitert den Horizont. Hierfür gibt es vielfältige Fördermöglichkeiten aus dem Kinder- und Jugendplan (KJP) des Bundes, z.B. für internationale sogenannte Sondermaßnahmen im kulturellen oder musikalischen Bereich oder über andere Begegnungsthemen – wie beispielsweise das gemeinsame Engagement für Natur und Umwelt.

Im Rat der EU und mit dem Europäischen Parlament wurden gemeinsam im November 2008 nun zum wiederholten Male ein EU-Jugendprogramm verabschiedet, das solche Maßnahmen des Bundes sinnvoll ergänzt. Hier gibt es Fördermöglichkeiten für einen Europäischen Freiwilligendienst und andere Aktionen. In den letzten 20 Jahren haben insgesamt mehr als 1,6 Millionen Jugendliche von diesen Begegnungsmöglichkeiten profitieren können, davon kamen rund 300.000 aus Deutschland. 22.000 Projekte konnten hierüber gefördert werden. Aus KJP-Mitteln fließen inzwischen mehr als 1 Mio € pro Jahr in diese Programmumsetzung von „Jugend in Aktion“, die sich zunehmend auch für benachteiligte Jugendliche öffnet. Etwa 11 Mio Euro werden jährlich von der EU-Kommission hinzugegeben. Aus diesen Mitteln fördert das BMFSFJ die Homepage der Fachstelle IJAB www.rausvonzuhause.de, die mit der neusten Eurodesk-TV-Folge auf Youtube verlinkt ist: Junge Menschen, die bis zum 1. Mai einen Wahlaufruf in Form eines Video- oder Handyfilms einsenden, können bis zu 500.-€ gewinnen – ein aus meiner Sicht wunderbares Beispiel, wie junge Menschen gerade über Medien angesprochen und jugendgerecht mit Informationen zur Europawahl erreicht werden können. Nach Abfrage im

Dezember 2008 bei den KJP-Trägern ließen sich damals etwa 20 große und kleinere Maßnahmenbündel zusammentragen – darunter wurden die entsprechenden Maßnahmen des Eu-Jugendprogramms als nur *ein* Maßnahmenbündel gefasst.

Im Ergebnis engagieren sich in der Bundesrepublik Deutschland zahlreiche Akteure auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene für die europäische Jugendpolitik, etwa der Deutsche Bundesjugendring, die Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe, die Fachstelle für internationale Jugendarbeit (IJAB), die Servicestelle Jugendbeteiligung oder auch die Forschungsgruppe Jugend in Europa am CAP.

Erfreulicherweise ist auch die Zielgruppe sozial benachteiligter Jugendlicher bei vielen dieser Maßnahmen stärker in den Fokus gerückt. Ein Beispiel ist das Projekt „JiVE Jugendarbeit international – Vielfalt erleben“, um die Teilhabe junger Menschen mit Migrationshintergrund an der europäischen und internationalen Jugendarbeit zu stärken.

Angesichts der unzähligen Akteure auf allen Ebenen erscheint es fast unmöglich, ein auch nur annähernd vollständiges Bild aller Maßnahmen in Bezug auf die EP-Wahlen zu erfassen. Seminarmaßnahmen stehen in ihrer Effizienz vergleichsweise weit zurück, weil nur relativ kleine Teilnehmerzahlen erreicht werden. Interessanter sind alle Ansätze, die mit Hilfe von peer groups Jugendliche direkt in der Schule oder in ihrem privaten Umfeld (Jugendklubs, Vereine etc) erreichen. Wo peer groups auch an „Problemschulen“ tätig werden, können auch Jugendliche mit schlechteren Startchancen gut erreicht werden. Ideal erscheint die Kombination von Internetangeboten mit einem Wettbewerb, der junge Menschen zum Mitmachen anregt, wie das genannte YOUTUBE Video, das sich bei Eurodesk.TV anschauen lässt. Diese Art der Jugendansprache lässt eine gute Resonanz erwarten – auch wenn sich im Detail Verbesserungsmöglichkeiten finden.

Weitere Impulse sind von der neuen Jugendstrategie der EU zu erwarten, an der das BMFSFJ derzeit arbeitet. Im November 09 wird sich der Jugendministerrat der EU hierzu positionieren. Die Bundesregierung setzt sich dafür ein, die bisherigen jugendpolitischen Instrumente der europäischen Zusammenarbeit zusammenzuführen, die Agenda zu straffen und den Praxisaustausch zu intensivieren. Es wäre wünschenswert, dass im erneuerten Konzept europäischer Jugendpolitik die Beteiligungs- und Mitentscheidungsmöglichkeiten junger Menschen deutlich gestärkt werden. Hierzu muss es gelingen, die Idee des Strukturierten Dialoges vom Kopf auf die Füße zu stellen.

Fazit: Politik, Medien und Institutionen sollten zusammenwirken

1. Politiker fungieren für die Jugend als Vorbilder und können dem europäischen Gedanken auf allen Ebenen am besten Ausdruck verleihen.
2. Medien gleich welcher Art, sollen dazu bewegt werden, transparent und gerecht über Europa zu berichten.
3. Es ist Aufgabe der zuständigen staatlichen Institutionen, jugendliche Partizipation zu ermöglichen und zu fördern. Dies kann dazu beitragen, die jungen Menschen dort abzuholen, wo sie sind und dort hin zu begleiten, wo Ihre Chancen liegen: nach Europa.